



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/80

den 11. Juli 1949

Wahltricks der CDU

=====

W.S. Seit dem Bekanntwerden des Wahltages für den ersten Bundestag wird von Seiten der CDU-Presse eine massive Verleumdungskampagne gegen die SPD vorgetragen. Dabei handelt es sich immer häufiger um unqualifizierte und demagogische Behauptungen, die besonders deutlich den Charakter beabsichtigter Täuschung der Wähler tragen.

Eine davon ist die immer wiederkehrende Behauptung von der "Diktatur des hannoverschen Parteiapparates". Sie taucht überall in der CDU-Propaganda auf und soll durch die Häufigkeit der Wiederholung an Kraft gewinnen und den Eindruck der Glaubwürdigkeit erwecken. Nun wäre der Nachweis der Unwahrheit dieser Behauptung nicht schwer zu erbringen, denn die CDU-Presse hat in einer ganzen Reihe von Fällen triumphierend auf die angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem SPD-Vorstand auf der einen und den SPD-Fraktionen (in Frankfurt wie in Bonn), sowie den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auf der anderen Seite hingewiesen, wenn sich ihr die Möglichkeit zu bieten schien, einen Keil zwischen die verschiedenen sozialdemokratischen Gremien und Persönlichkeiten zu treiben. Erfolge hat sie freilich damit nicht gehabt.

Wir könnten auf diese Unterstellung mit dem Hinweis auf die autokratischen Methoden des CDU-Vorsitzenden, Dr. Adenauer, antworten, mit denen er es verstanden hat, seine Fraktion im Parlamentarischen Rat von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Sitz der künftigen Bundesregierung in die unmittelbare Nähe seines grössten persönlichen Geltungsbereichs zu verlegen. Oder mit denen er die reaktionäre Hundhammer-Richtung der bayerischen CSU unterstützte, um damit seinen "reichsfreudigen" Rivalen, Dr. Josef Müller, kaltzustellen.

Wer die Gepflogenheiten der demokratischen Meinungsbildung innerhalb der SPD aus eigener Anschauung kennt, weiss, dass die Behauptung von der "Diktatur der hannoverschen Parteizentrale" nichts als Propaganda ist, hinter der sich im Grunde nur der Neid vor

der konsequenten, von der sozialdemokratischen Mitgliedschaft in Nord und Süd gleichermassen getragenen Politik der Sozialdemokratischen Partei vorbirgt. Die innere Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie ist der Stein des Anstosses und zugleich das Unterscheidungsmerkmal gegenüber jener Partei, die sich immer wieder als Sammelbecken widerspruchsvollster Elemente und als höchst unzuverlässig erwiesen hat.

Ein anderer Wahltrick - und zugleich ein Zeugnis von der CDU-Vorstellung einer fairen Wahlkampfführung ist der immer wieder unternommene Versuch, den von der Sozialdemokratie geführten Abwehrkampf gegen den östlichen Totalitarismus zu diffamieren. Kürzlich schrieb zu diesem Thema die "Allgemeine Könnische Rundschau", "man könne nur wünschen, dass die westdeutsche Sozialdemokratie niemals vergisst, dass in der gesamten kommunistischen Führungsschicht der sowjetischen Zone die ostdeutsche SPD massgeblich vertreten war und zum grossen Teil noch ist." Geheimnisvoll hiess es dann weiter: "Aber man möchte immer noch hoffen, dass sich die SPD und vor allem Hannover in der von ihr beliebten Arroganz und in ihren Propagandatricks doch in Zukunft etwas mehr Zurückhaltung auferlegt. Dann könnte es uns erspart bleiben, in Abwehr solcher Methoden tiefer noch in die Rolle der SPD in der Ostzone hineinzulauchten. Wir sind dazu bereit, wenn es gewünscht wird."

Die hier ausgesprochene Drohung schreckt nicht, weil sie nicht trifft. Keine Partei hat sich so eindeutig - und ausserdem sofort - von ihren Abtrünnigen distanziert wie die Sozialdemokratie von den Renegaten am freiheitlichen Sozialismus. Lange Zeit danach erlag die CDU noch immer den sedistischen, dh. kommunistischen Einflüsterungen in der Ostzone, sie blieb durch Jahre äusserst anfällig. Ihre führenden Politiker tragen die Mitverantwortung an den Leiden von vielen Tausenden von Sozialdemokraten in den ostdeutschen Konzentrationslagern, die schliesslich in der Zeit der Blockpolitik errichtet wurden.

Wenn die Lichelei massgeblicher CDU-Politiker mit so kompromittierten Ostpolitikern wie Nadolny, Kastner, Nuschko, Dertinger u.a. absolut nicht aufhören will, dann mag das seinen Grund darin haben, dass die von der CDU vertretenen wirtschaftlichen Interessenten ihren Profit höher schätzen als die Kardinalforderung nach Freiheit für eine Bevölkerung, bei der noch heute der Polizeibüttel in nächtlicher Stunde an die Türen zu Tode erschreckter Bürger klopft. Das ist auch die grosse Gefahr bei den jetzt in Gang kommenden Verhandlungen zwischen der pseudodeutschen Wirtschaftskommission der Ostzone und Vertretern der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung. (b/B46/97/1/he)

Spielt Frankreich die russische Karte?

Von unserem Pariser Mitarbeiter Alfred Frisch

Im Augenblick, wo die westeuropäische Gemeinschaft zum ersten Male, wenn auch in loser Form, durch die Einberufung eines europäischen Rates nach Strassburg Gestalt annimmt, muss man sich die Frage stellen, ob Frankreich gegebenenfalls noch bereit wäre, die sogenannte russische Karte zu spielen, d.h. in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion mehr oder weniger beschränkte politische Ziele unabhängig oder gegen die anderen Westmächte zu verfolgen.

Die französisch-russische Allianz gehörte bisher zu den aussenpolitischen Traditionen des Landes. Sie begann mit den Bemühungen von Delcassé vor dem ersten Weltkrieg, sie wurde wieder von Herriot, der als erster europäischer Politiker für die diplomatische Anerkennung des Sowjetsystems eintrat, aufgegriffen. Sie führte unter Laval zu einem neuen Bündnis. Schliesslich galt die erste Auslandsreise General de Gaulles nach dem zweiten Weltkrieg Moskau, wo wieder ein Bündnisvertrag abgeschlossen wurde.

De Gaulles Absichten waren klar. Unzufrieden mit der etwas kühlen und abschätzenden Haltung Roosevelts und Churchills, rechnete der französische General mit der russischen Unterstützung, um auf diese Weise Frankreichs internationale Anerkennung als Grossmacht durchzusetzen. Die innenpolitischen Verhältnisse Frankreichs im Jahre 1945 und die Verständigungsbereitschaft der Kommunisten förderten die Reise General de Gaulles zu Stalin. Dazu kam, dass sich die französischen Pläne über das deutsche Schicksal mit den sowjetischen teilweise deckten, besonders hinsichtlich der damals noch stark verkündeten Kollektivschuld des deutschen Volkes und der Reparationen. Paris hoffte wahrscheinlich auch, Moskau von der Richtigkeit seiner föderalistischen Auffassungen für Deutschland überzeugen zu können.

Inzwischen hat sich vieles, man könnte sogar sagen alles, geändert. General de Gaulle dürfte wohl selbst den Irrtum seiner Russlandpolitik am stärksten bedauern. Zum ersten Male kehrte Frankreich Moskau den Rücken, als anlässlich der erfolglosen Moskauer Aussenministerkonferenz im Frühjahr 1947 der damalige französische Aussenminister Bidault mit seinen beiden westlichen Kollegen ein Sonderabkommen über die Kohleverteilung der Ruhr und über die Saar abschloss, wenige Tage später verliessen die Kommunisten die französische Regierung. Dann kam der Marshallplan, dessen Verwirklichung Frankreich stark und endgültig an den Westen fesselte. Man sollte auch nicht vergessen, dass die Bildung des europäischen Rates sehr weitgehend der französischen Initiative und dem Drängen des französischen Aussenministeriums zu verdanken ist. (Der erste Anstoss in dieser Richtung ging übrigens von Bidault aus.) Damit hat sich

den 11. Juli 1949

Frankreich vielleicht noch mehr als durch die Annahme des Marshallplanes einen etwaigen Rückweg nach Moskau versperrt. Schliesslich ist die Schaffung einer europäischen Föderation eine sehr betonte und vom Krenl auch durchaus in diesem Sinne verstandene Abwehrmassnahme gegen den sowjetischen und kommunistischen Einfluss. Durch die Ratifizierung des Atlantikpaktes wird in den nächsten Tagen die Verbundenheit Frankreichs mit dem Westen noch verstärkt werden.

Seit über einem Jahr sind in der französischen Aussenpolitik keinerlei Annäherungsversuche an Moskau festzustellen. Auch innerpolitisch hat die Regierung den Kampf gegen den Kommunismus sehr entschieden geführt und alle kommunistischen Anregungen betreffs einer Wiederbeteiligung an der Regierungskoalition bewusst überhört. Auf der Pariser Aussenministerkonferenz hat Robert Schuman teilweise unter Aufgabe bisheriger französischer Ziele in der deutschen Frage vorbehaltlos den westlichen Standpunkt verteidigt und in keiner Weise eine Sonderpolitik verfolgt.

Es bleibt allerdings nach wie vor das Bemühen des Quai d'Orsay, wenn irgend möglich einen Ausgleich zwischen Ost und West herbeizuführen, um dadurch für den Frieden gefährliche, internationale Spannungen zu vermeiden. Trotz seiner freiwilligen und starken Bindungen an den Westen hat Frankreich seine Vermittlerrolle noch nicht endgültig aufgegeben. Es war der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Franzosen, durch die europäische Einigung eine "Dritte Kraft" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu schaffen. Man hat erkannt, dass die Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten bereits zu gross ist, um Europa dieses Ziel erreichen zu lassen. Trotz dieser Erkenntnis gibt man jedoch offiziell und auch in der öffentlichen Meinung noch nicht die Hoffnung auf ein besseres internationales Gleichgewicht auf. Es ist jedoch mehr als unwahrscheinlich, dass Frankreich bereit oder gewillt sein sollte, die Verständigung, oder selbst nur einen modus vivendi, mit dem Osten durch Zugeständnisse zu Lasten der westlichen Freiheit oder Unabhängigkeit zu erkaufen. (b/2/107/1/he)

Das aussenpolitische Narkotikum

(sp) In diesem Sommer finden zum ersten Mal grössere überregionale Versammlungen von Flüchtlingen, meist nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten einberufen, statt. So sind in Rotenburg ob der Tauber kürzlich 5.000 bis 6.000 Egerländer zusammengekommen, in Hannover 20.000 Ostpreussen. Weitere solche Zusammenkünfte stehen bevor.

Wie zwangsläufig werden diese Tagungen von aussenpolitischen Motiven beherrscht. Das ist verständlich, denn die Menschen sind

nicht zuletzt auch deshalb zusammengekommen, um die Erinnerung an die frühere Heimat wachzuhalten, die heute fremden Mächten untersteht. Gefördert wird dieses Gefühl von der Tatsache, dass die Vertriebenen in der neuen Heimat in vier bitteren Flüchtlingsjahren nur in den seltensten Fällen Wurzeln fassen konnten. Dennoch scheint uns, dass dieses sogenannte aussenpolitische Motiv zu stark betont wird.

Dr. Schumacher hat als erster deutscher Politiker den Anspruch auf die abgetrennten Gebiete erhoben. Ihm sind die anderen Politiker gefolgt, bis auf die der SED, die altes deutsches Land dem grösseren "volksdemokratischen Vaterland" geopfert haben. Es gibt ausser der SED heute in Deutschland keine Partei, die hinsichtlich der abgetrennten Gebiete nicht mit den Vertriebenen übereinstimmen würde. Es besteht also auch kein Grund, diese Übereinstimmung in einen unlauteren Wettbewerb ausarten zu lassen, wie es leider geschieht. Grenzfragen sind fast immer Machtfragen gewesen und als aussenpolitische Macht hat Deutschland auf lange Zeit bestenfalls nur ein moralisches Gewicht. Mit Moral ist bisher selten ein Grenzstein versetzt worden, eher mit dem Gegenteil, auch wenn das Recht noch so eindeutig sprach wie im ostdeutschen Raum. Darum sollte man aufhören mit der Politik, auf Flüchtlingskundgebungen billigen Lorbeer dadurch zu ernten, dass man in stetig schärfer werdender Tonart unwandelbare Ansprüche immer wieder neu erhebt. Man narkotisiert damit nur die Flüchtlinge und lenkt sie von den Aufgaben ab, die den gleichen Politikern in der Flüchtlingsfrage auf innenpolitischem Gebiet näher liegen müssten und den Vertriebenen im Augenblick mehr dienen als Aussichten auf Dinge in nebelhafter Ferne. Wer auf der Kundgebung in Hannover mitten unter den Ostpreussen sass, die Reden anhörte und deren Wirkung auf die Angesprochenen beobachtete, konnte sich ein Bild davon machen, welchen Schaden eine derartige Verquickung von Wahrheit und unlauterer Absicht stiften kann. Weil die Wahl vor der Tür steht, laufen heute im Lande vieler solcher Demagogen von Flüchtlingsversammlung zu Flüchtlingsversammlung. Sie mögen sich für gute Kenner der Massenpsychologie halten; ob sie den Vertriebenen damit wirklich dienen, kann füglich bezweifelt werden.

In das gleiche Kapitel gehört die in Rotenburg erhobene Forderung der Egerländer, ihr Land bei der kommenden Friedensregelung Bayern einzuverleiben. Begründet wird diese Forderung damit, dass das Egerland vor einigen Jahrhunderten zu Bayern gehört habe. Das stimmt, das Egerland ist damals im Pachtwege an die Weinzelskrone gefallen. Aber historischen Begründungen haftet der jahrhundertalte Staub von Geschichtsbüchern an; unter dem gleichen Motiv hat Hitler den grössten Teil seiner Raubzüge geführt. Die Egerländer können für ihre Forderung eine Begründung ins Treffen führen, die die Jahrhunderte überdauert hat, weil sie bis in die letzten Jahre wirksam war. Das ist der Schweiss, mit dem ihre Vorfahren einst das Land rodeten und der Schweiss, mit dem sie selbst vor wenigen Jahren das Land

bebaut haben; das sind die Fabriken, die sie errichtet und die Kulturlandschaft, die sie geschaffen haben.

Aber ob begründet oder nicht, die Egerländer können ihre Forderung nicht von den Wünschen aller Sudetendeutschen trennen. Das sudetendeutsche Problem kann nicht in Stücke zerschnitten werden; jede Interessenteilung schwächt das Ganze. Die Gebiete um Aussig, Reichenberg, Troppau usw. waren nicht weniger deutsch als das Egerland, es kann daher für die Egerländer keine bayerische Extrawurst gebraten werden. Für eine aussenpolitische Lösung ist das Sudetenproblem heute ebenso wenig reif wie das ostpreussische. Es wäre daher ratsam, wenn Unberufene die Finger davon liessen. (m/2/117/2/he)

-dt.

Freundschaftlicher Briefwechsel

(sp) Durch einen Zufall kamen wir in den Besitz eines Schreibens, das Dr. Adenauer am 12. Februar dieses Jahres an seinen Parteifreund Oberdirektor Dr. Fänder gerichtet hat und das eine reizvolle Illustration Adenauer'scher Enthaltensamkeit bei der Ausübung politischen Einflusses auf bizonale Verwaltungsbehörden darstellt. Adenauer protestiert in diesem Schreiben energisch gegen die Personalpolitik Fänders.

Kernpunkt ist ein Anpöfiff Fänders wegen der Belassung des Herrn Oppler, eines Sozialdemokraten, in seinem Amt als Personalreferent der Wirtschaftsverwaltung. "Sie haben mir zwar gesagt" - so heisst es in diesem Brief - "dass Sie Herrn Oppler vorgefunden hätten und das stimmt, aber wie mir erklärt wurde, hätten Sie jederzeit die Möglichkeit gehabt, ihn auf eine andere Stelle zu versetzen. Ich bitte Sie dringend, auch in Ihrem persönlichen Interesse (Sperrung durch uns. D. Red.), diese Frage noch einmal zu prüfen. Ich darf Ihnen als Ihr alter Freund nicht verhehlen, dass gerade über Ihre Personalpolitik grosse Unzufriedenheit in weitesten Kreisen der Partei, die sehr ernst genommen werden müssen, besteht."

Fänder antwortete zehn Tage später, halb devot, halb pikiert. Er freute sich darüber - man bemerke die feine Ironie - dass Adenauer wenigstens anerkannt habe, dass er, Fänder, Herrn Oppler bereits vorfand. "Dass ich nun aber die Möglichkeit gehabt hätte, Herrn Oppler an eine andere, weniger wichtige Stelle zu versetzen, ist durchaus unrichtig, eine solche Möglichkeit war und ist in keiner Weise gegeben." Fänder schliesst sichtlich verärgert:

"In übrigen habe er keinen schmerzlicheren Wunsch, als im Zuge der Neuorganisation im Bund nicht immer in der vordersten Drucklinie und - trotz aller Bemühungen und aller Erfolge, wenn das letzte vielleicht auch überheblich klinge - Tag und Nacht auf der Anklagebank zu sitzen.

Ein kleiner freundschaftlicher Briefwechsel also über das bei der CDU besonders beliebte Thema der Notwendigkeit sachlicher Entscheidungen, fern von allen Niederungen parteigeistischer Personalpolitik. (m/1/113/1/ho)

- - - - -

Dr. Dehler - gestern und heute

(sp) Die FDP hat sich in Bayern entschlossen, ein Wahlbündnis mit der CSU einzugehen. Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht, sich an einige Feststellungen zu erinnern, die der Vorsitzende der FDP in Bayern, Dr. Dehler, vor einiger Zeit in einer Versammlung des Kreisvereins Schweinfurt der FDP gemacht hat.

"Hinter dem bayerischen Nein zum Bonner Grundgesetz stehen die gleichen Kräfte und der gleiche Geist wie er sich schon zu Zeiten Heinrich IV. und des Canossaganges im Papsttum gegen das Reich gezeigt hat. Dieser Geist ist bis heute in Menschen, wie Kardinal Faulhaber und Minister Hundhammer wirksam geblieben. Die Kirchen sind niemals ein Hort der Demokratie gewesen. Das Reichskonkordat ist rechtsunverbindlich, da es durch Druck und Erpressung zustandekommen ist."

Welch'harmonischer Zusammenklang von Worten und Taten!

- - - - -

Volks - Deutsch

(sp) Auch das Amtdeutsch hat sich dem "volksdemokratischen" Reime der Ostzone angepasst. Die Sorglosigkeit, die bei der Behandlung der Menschenrechte angewendet wird, schlägt sich auch in der Behandlung der deutschen Sprache nieder. Das zeigt zugleich, welcher Art die Menschen sind, die heute in der Ostzone die Macht ausüben.

Ein Volkspolizist ist geflüchtet. Daraufhin sandte der zuständige Kreispolizeichef an den Bürgermeister des Wohnorts des Geflüchteten folgendes Schreiben (persönliche Angaben müssen wir aus erklärlichen Gründen weglassen):

"Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ein Auftreten des..... in der Gemeinde oder ein Wissen über den Verbleib dort bekannt ist, sofort an uns zu melden ist. Auch die Angehörigen sind von der Massnahme in Kenntnis zu setzen, da sonst eine Bestrafung nach der Verordnung der SMA stattfindet." (Unterschrift) (Kreispolizeichef)

Der Bürgermeister schrieb darauf an die Angehörigen: "Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass ein Versteck halten oder ein Wissen über den Aufenthalt Ihres (Verwandschaftsgrad, Name) nach der Verordnung der SMA bestraft wird..... hat sich des Dienstes bei der Volkspolizei entzogen und ist flüchtig. Wir bitten Sie in Ihrem eigenen Interesse, sowie auch den Kindern sich selbst keine Unannehmlichkeiten zu machen." Unterschrift